

Zeitenwende?

Eine Analyse der Landtagswahl

Richard Hilmer

Veranstaltung vom 25. November 2008



Akademiegespräche im Landtag

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Zeitenwende?

Eine Analyse
der Landtagswahl

Impressum

Tutzing/München 2009

Herausgeber:

Bayerischer Landtag

Abteilung Parlamentarische Dienste

Maximilianeum, 81627 München

www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Barbara Stamm

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing/Universität Passau

Vortrag

Zeitenwende?

Eine Analyse der Landtagswahl

Richard Hilmer

Geschäftsführer

Infratest dimap, Berlin

Auszüge aus der Diskussion

Ausführliche Grafiken und Tabellen zur Analyse der Landtagswahl sind im Internet unter www.bayern.landtag.de – *Aktuelles – Veranstaltungen – Akademiegespräch* abrufbar.

Barbara Stamm

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Begrüßung

„Die Landtagspräsidenten kommen und gehen, die Akademiegespräche bleiben bestehen.“

Ich freue mich sehr, Sie alle erstmals in meiner Amtszeit zu einem Akademiegespräch im Bayerischen Landtag begrüßen zu dürfen.

Deren Themenbreite und vor allem deren hochkarätige Referentinnen und Referenten finden seit Jahren eine große Anhängerschaft. Deshalb war es für mich eine Selbstverständlichkeit, diese Vortragsreihe, die der Bayerische Landtag gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing durchführt, weiterhin anzubieten.

Das liegt natürlich auch daran, dass die Akademie für Politische Bildung in Herrn Prof. Oberreuter einen Leiter hat, mit dem man gerne zusammenarbeitet und für dessen intellektuelle Anregungen man stets dankbar ist. Lieber Herr Prof. Oberreuter, ich begrüße Sie sehr herzlich und darf sicher auch in Ihrem Namen meiner Zuversicht Ausdruck verleihen, dass dem heutigen 34. Akademiegespräch in dieser Legislaturperiode noch viele weitere folgen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Bayerische Landtag schätzt sich glücklich, den Akademiegesprächen

im umgebauten und modernisierten Senatssaal eine zwar altgewohnte, aber doch neue Heimstatt bieten zu können.

In nur elfmonatiger Bauzeit ist ein Saal entstanden, der allen Anforderungen, die man an einen modernen Konferenzsaal stellen darf, gerecht wird.

So wurde die Saabelüftung mittels eines eigenen Klimatisierungssystems erneuert und die Beleuchtungs- und Lautsprecheranlagen sind je nach Zweck variabel einsetzbar. Auch die Medientechnik wurde auf den neuesten Stand gebracht.

Bei all diesen Neuerungen wurde aber auch größter Wert auf die denkmalpflegerischen Aspekte gelegt: Die beiden Gemälde und der Wappengobelin aus dem alten Plenarsaal haben hier einen neuen, würdigen Platz gefunden; vor allem die Gemälde wirken hier wesentlich eindrucksvoller als an ihren früheren Orten. Sie sehen aber auch an den Fenstern, an den Beleuchtungskörpern oder an den Stuckaturen, dass bei allem Willen zur Erneuerung mit der historischen Ausstattung sehr respektvoll umgegangen worden ist.

Mit diesem modernen Tagungsraum stellt der Landtag unter Beweis, dass er sich nicht nur als Ort der parlamentarischen Beratung versteht, son-

dern dass er auch ein Forum der gesellschaftlichen Begegnung und des Gedankenaustausches ist, wozu die Akademiegespräche einen wichtigen Beitrag leisten. Die Bedeutung dieses Beitrags wird auch durch die Anwesenheit zahlreicher Gäste unterstrichen, die ich alle sehr herzlich begrüße. Ganz besonders natürlich den Referenten des heutigen Abends, Herrn Richard Hilmer.

Sehr geehrte Damen und Herren!
Das Thema des heutigen Akademiegesprächs lautet – und ich möchte hinzufügen: natürlich – „Zeitenwende? Eine Analyse der Landtagswahl“. Sie alle wissen, dass das Ergebnis dieser Wahl einen großen Einschnitt bedeutet: Erstmals seit 46 Jahren regiert die CSU in Bayern nicht mehr allein, und im neuen Landtag sind mit den Freien Wählern und der FDP zwei Fraktionen mehr als bisher vertreten. Ganz egal, ob man – je nach politischem Standort – diese Ergebnisse begrüßt oder bedauert: Um eine intensive Beschäftigung mit Ursachen und Folgen dieses Wahlergebnisses kommt man nicht herum. Herr Professor Oberreuter wird in seiner Einführung darauf sicher noch genauer eingehen.

Ich möchte mich deshalb auf eine Frage beschränken, die derzeit insbe-

sondere die Volksparteien, aber als Nutznießer von deren Schwächung natürlich auch die kleineren Parteien beschäftigt:

Sind die Gründe für die zurückgehende Attraktivität der großen Parteien hauptsächlich in eigenen Fehlern zu suchen, oder erleben wir einen so starken gesellschaftlichen Wandel, dass die Volksparteien auf absehbare Zeit zum Auslaufmodell werden?

Und daran anknüpfend: Beginnt in Bayern derzeit eine verspätete Normalisierung in der politischen Kräfteverteilung, oder ist dieses Ergebnis nur auf eine temporäre Konstellation zurückzuführen und somit revidierbar?

Zur Beantwortung dieser und anderer Fragen konnten wir einen Referenten gewinnen, der wie kaum wie ein anderer Bescheid weiß über das Wählerverhalten in unserem Land, über kurzfristige Trends und längerfristige Entwicklung, nämlich den Geschäftsführer von Infratest dimap, Herrn Richard Hilmer, uns allen bestens vertraut aus Funk und Fernsehen. Lieber Herr Hilmer, herzlich willkommen in Ihrer Heimatstadt München.

Trotz Ihres Bekanntheitsgrades möchte ich nicht darauf verzichten, Sie unseren Gästen kurz vorzustellen: Richard Hilmer wurde 1952 in Mün-

chen geboren, studierte hier Soziologie, Psychologie und Wirtschaftsgeschichte und erwarb den Abschluss eines Diplom-Soziologen. Er ist seit den frühen Achtzigerjahren als Wahl- und Politikforscher tätig, zunächst bei dem Münchner Institut Infratest Burke und seit 1990 in Berlin, wo er seit 1997 Geschäftsführer von Infratest dimap und seit 2001 Geschäftsführer von TNS Infratest Sozialforschung ist.

Wir freuen uns auf einen interessanten und spannenden Vortrag, dem aber noch eine sicherlich nicht minder anregende Einführung von Ihnen, Herr Prof. Oberreuter, vorangehen wird. Deshalb darf ich nun Ihnen das Wort erteilen.

**Prof. Dr. Dr. h.c.
Heinrich Oberreuter**

Direktor der Akademie für
Politische Bildung Tutzing
Universität Passau

Einführung

Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident,
meine Damen und Herren Abgeord-
neten, meine Damen und Herren!
Es ist ein fast unmögliches Unterfan-
gen, eine Einführung zu Richard Hil-
mer zu geben. Gäbe man sie, stünde
man in der Gefahr, zu verdoppeln
oder vorwegzunehmen, was sein Part
ist.

Also äußere ich eine provokative
These: Zeitenwende? Erdbeben? Was
ist eigentlich passiert bei dieser Land-
tagswahl, wenn man einmal vom
Schicksal der CSU absieht? Da ist
natürlich einiges passiert. Aber das
Schicksal der CSU ist ja kein hohes
Verfassungsgut, das ist ein Schicksal,
das einzupassen ist in die Pluralität
der Parteienlandschaft und der parla-
mentarischen Strukturen insgesamt.
Schaut man sich die Konstellationen
an, so ergibt sich: Passiert ist eigent-
lich gar nichts. Das nicht grün-rote,
also bürgerliche Lager ist gleich
geblieben, es hat sogar 1 % zugelegt.
Aber es hat sich differenziert, und
zwar so, dass dabei zusätzliche parla-
mentarische Repräsentation heraus-
gekommen und sogar – das ist es,
womit die CSU jetzt im Wesentlichen
klarkommen muss – eine Koalitions-
bildung notwendig geworden ist. Aus
CSU-Perspektive ist das ein Rückfall
in eine lange versunkene, kaum mehr
gekannte, in entfernten Vorstellungen

nur schwierig realisierbare Konstellation.

Aber ich sehe nicht, dass in dieser Konstellation große politische Erdrutsche stattfinden, weil diese Koalition wahrscheinlich ziemlich stabil und in wesentlichen Problemen auch im Konsens agieren wird. Ich sehe keine wirtschaftspolitischen Bruchstellen, außer vielleicht eine Verstärkung der Mittelstandspolitik im Gegensatz zur Industrie-, Großindustrie- und High-Tech-Euphorie von vorher. Ich sehe eine gewisse Differenzierungsmöglichkeit in Fragen der inneren Sicherheit und der Bürgerrechte – was vielleicht dem Freistaat Bayern auch nicht schadet – unter der Voraussetzung, dass die Funktionalitäten nicht beschädigt werden.

Es ist auch zu fragen, wieso das eigentlich eingetreten ist, was wir hier als eine „Zeitenwende“ bezeichnet haben, was aber vielleicht gar keine ist. Es ist deswegen eingetreten, weil zum einen die CSU geschwächt hat und weil zum anderen aufgrund dieses Schwächelns der CSU gesellschaftliche Wertwandelprozesse, die es in Bayern genauso gibt wie anderenorts in dieser Republik, nun auch hier an die Oberfläche drängten und dieses Schwächeln der CSU dazu beigetragen hat, dass dies möglich geworden ist.

Ich will Ihnen zwei Indizien nennen: Das erste für mich und auch für die klassische Wahlforschung hoch überraschend ist, dass sich 2008 im Vergleich zu 2003 die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage als „sehr gut“ um mehr als 20 % zugenommen hat. Zugleich ist die Wertschätzung der Regierungsleistung um 20 % gesunken. Das heißt, dass die Koinzidenz von ökonomischer Performance und positiver Resonanz an der Wahlurne aufgehoben worden ist. Da fragt man sich schon, wieso das so ist, wenn uns sogar zusätzlich noch Hilmers Daten beweisen, dass auch in dieser Wahl die Wirtschaftskompetenz bei der CSU gelegen hat. Es hat etwas damit zu tun, dass sich die Hierarchie der Themen verändert hat. Die Bildungspolitik ist auf einmal das wichtigste Thema geworden und alle Lehrer im Saal können empirische Belege dafür vorlegen, dass es mit der Schulorganisation in den letzten Jahren in Bayern nicht gerade zum Besten stand. Auch die Öffentlichkeit fragt sich, ob denn die Lehrer- und die Unterrichtsversorgung so sein müssen, wie sie sind. Natürlich ist es ein Problem, dass alle Eltern zwar ihre Kinder zur höchstmöglichen Qualifikation führen wollen, dass sie aber weniger damit einverstanden sind, wenn man sich dann nach den Trau-

ben auch strecken muss. Auch da liegt also ein Problem, bei dem die Bevölkerung mehrheitlich der Regierungspartei die Gefolgschaft verweigert hat.

Es kommen aber auch andere Faktoren dazu, die ich nur kurz benennen will:

- Es ist eine Abstimmung gewesen über eine ganze Legislaturperiode, also auch über die rigide Reformpolitik des Jahres 2003.
- Es ist eine Abstimmung gewesen über die Rochaden nach Berlin und nach München zurück im Jahre 2005.
- Es ist eine Abstimmung gewesen über den Wechsel von Kreuth sowie die Art und Weise, wie dieser Wechsel erschwert vollzogen worden ist.
- Es ist eine Abstimmung darüber gewesen, wie man den Nachfolgern die Chance verwehrt hat, sich in den Ämtern so einzunisten, dass sie sich auch zur Wahl möglichst aktiv und positiv präsentieren können.
- Und es ist natürlich auch eine Abstimmung darüber gewesen, dass aufgrund dieser Erschwernisse keine klare Führung sichtbar geworden ist.

Hilmers Daten zeigen uns sehr deutlich, dass die Bürger unter der neuen

Führung nicht mehr so recht wussten, wohin die CSU wolle. Ob dies die neue Führung zu verantworten hatte, oder ob es an den Zeitumständen lag, das ist eine Frage, die ich offenlassen will.

Der in meinen Augen aber letztendlich entscheidende Grund für das Wahlergebnis ist die Tatsache, dass die Modernisierung, die die CSU in Bayern vorangetrieben hat, ihre Eltern frisst. Die Säkularisierungs- und Modernisierungsprozesse in der Gesellschaft hatten nun die Chance, sich zum Ausdruck zu bringen, und sie sind vor allen Dingen in dem Faktum sichtbar geworden, dass die Mehrheit der Wähler zwar nicht einen völligen Wechsel, wohl aber einen Wechsel der Regierungskonstellation für möglich gehalten hat. Die CSU braucht jetzt einen Koalitionspartner; das war im Jahre 2003 noch ganz anders. Herr Hilmer wird uns – besser als ich das kann – erklären, welche Faktoren zu diesem Wahlergebnis geführt haben.

Frau Präsidentin, auch Ihr Hinweis auf die mangelnde Integrations- und Bindekraft der beiden großen Volksparteien birgt einen erklärenden Faktor in sich. Von den Hochzeiten der Integrationskraft von Union und SPD bei der Bundestagswahl 1976, bei der beide Parteien insgesamt 91,2 % der

Wähler hinter sich scharten, sind sie bei der Bundestagswahl 2005 auf 69 % herabgesunken, und in Bayern kommen wir – zählen wir die 43 % der CSU und die 18 % der SPD zusammen – nur noch auf etwas über 60 %. Die Integrationskraft der Volksparteien in Bayern ist also momentan niedriger als anderswo und das hat auch mit Wertewandel, Individualisierungsprozessen und Säkularisierung in der Gesellschaft zu tun. Die klassische Koinzidenz von Kirchengemeinde und politischer Gemeinde ist auch in Bayern nicht mehr existent. Die klassischen Rekrutierungsbecken der sozialmoralischen Milieus – also z.B. die Gewerkschafts- oder Kirchenorientierungen, die den politischen Parteien zuneigen – haben sich auch in Bayern aufgelöst. Ein hochinteressantes Faktum ist beispielsweise, dass bei dieser Landtagswahl gerade noch 50 % der Katholiken CSU gewählt haben, was einen Absturz von 17 % bedeutet. In diesen Daten kommt sehr deutlich zum Ausdruck, wie stark der Wandel sich vollzieht. Aber noch deutlicher wird es jetzt, wenn Herr Hilmer zu uns spricht. Ich bitte Sie um Ihr Wort.

Richard Hilmer

Geschäftsführer

Infratest dimap, Berlin

Vortrag

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Damen und Herren!

Ich bin überrascht, wie zahlreich Sie hier erschienen sind. Aber das ist wohl weniger meiner Person geschuldet, als dem Thema, das in der Tat so viele Fragen aufgeworfen hat, dass man einige Zeit und wahrscheinlich mehrere Veranstaltungen dieser Art bräuchte, um damit fertig zu werden. Ich bin in vielen Punkten mit der Analyse von Herrn Professor Oberreuter völlig einverstanden und versuche diese jetzt auch empirisch zu unterlegen. Vieles wird Ihnen, wenn Sie am Fernsehschirm diese Wahl verfolgt haben, bekannt vorkommen, denn einige dieser Grafiken sind schon am Wahlabend gesendet worden. Ich habe aber auch eine ganze Reihe neuer Grafiken erstellt, um den Wahlausgang etwas genauer zu analysieren. Denn diese Landtagswahl gehört sicherlich zu den Ereignissen, bei denen man genau analysieren muss, wie und warum es dazu gekommen ist.

Als um 18.00 Uhr die Prognosen über die Bildschirme gesendet wurden, waren – da bin ich mir ziemlich sicher – je nach politischer Einstellung die beiden häufigsten Ausrufe: „Ja, das darf doch net wahr sein!“,

oder: „Ja mei, dass i des no amoi erleb'n derf!“

Dieser Abend ist sicherlich sehr, sehr eindringlich gewesen. Er kam auch etwas überraschend. Wir Umfrageinstitute haben zwar vorausgesehen, dass diese Wahl sich von anderen Wahlen unterscheiden werde, aber dass die CSU nur auf 43,4 Prozent kommen würde, damit haben auch wir nicht gerechnet.

In der Tat ist sehr viel passiert, und einiges davon – nicht nur die zur Höhe der CSU-Verluste von 17,3 Prozent – war auch sehr überraschend – beispielsweise der Umstand, dass von den CSU-Verlusten nichts bei der SPD gelandet ist. Dieser Frage werden wir noch nachgehen.

Aber zunächst einmal zur den CSU-Verlusten. Wir leben in Zeiten, in denen solche erdrutschartigen Verschiebungen – seien sie bedingt durch irgendwelche Skandale, seien sie bedingt durch langjähriges Unterlassen – durchaus üblich geworden sind.

Dazu kommt eine Wechselbereitschaft und Veränderungswilligkeit der Wähler, die uns fast schon wieder zurückversetzt in die Frühphase der Bundesrepublik: die letzten Verluste in der Größenordnung, wie sie die CSU erlebte, datieren aus dem Jahre 1950 – und auch damals handelte es

sich um Bayern und um die CSU, die gegenüber der Landtagswahl von 1946 über 23 Prozent verlor. Damals war es die neugegründete Bayernpartei, die der CSU große Probleme bereitete, heute sind es die Freien Wähler.

Auch andere Wahlen, wie etwa die zuletzt in Berlin und Sachsen, zeigen, dass die Wählerschaft stark in Bewegung geraten ist. Wir leben also in der Tat in sehr bewegten Zeiten, und das deutet darauf hin, dass diese Wahlergebnisse eben nicht nur auf bestimmte Personen oder politische Strategien zurückzuführen sind, sondern dass sich in diesen Ereignissen tiefgreifendere Trends im Wählerverhalten widerspiegeln.

Das Ergebnis war vor allen Dingen deshalb so bemerkenswert, weil die Fallhöhe der CSU so enorm war: Während die Landtagswahl 2003 für die CSU noch eine Zweidrittelmehrheit erbracht hatte, verlor sie diesmal nicht nur die absolute Mehrheit, sie wurde nur fünf Jahre später auf das Niveau der 50er Jahre zurückgeworfen.

Wenn man sich den Wahlsieg der CSU von 2003 genauer betrachtet, stellt man allerdings fest, dass die CSU 2003 nicht nur nicht gewonnen, sondern gegenüber der vorangegangenen Wahl sogar Stimmen verloren

hat. Es waren immerhin um die 200.000 Stimmen, was ja nun nicht gerade eine unbedeutende Größenordnung ist.

Die CSU hat damals die Zwei-Drittel-Mehrheit nur gewinnen können, weil es ihr noch mit Abstand am besten gelungen ist, ihre Wähler zu mobilisieren. Andere Parteien hatten seinerzeit erhebliche Mobilisierungsprobleme, vor allem aber die SPD, die nach der gewonnenen Bundestagswahl von 2002 einen extrem schlechten Start hatte und von ihren Wählern für nicht gehaltene Versprechen abgestraft wurde.

Zudem standen die beiden vorangehenden Landtagswahlen von 2003 und von 1998 stark unter dem Eindruck der jeweils vorangegangenen Bundestagswahl: 2003 brachten die bayerischen Wähler noch einmal ihre Unterstützung für den ein Jahr zuvor gescheiterten Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber zum Ausdruck.

Und 1998 demonstrierte der Wähler, wie ausgewogen er seine Entscheidungen trifft, indem er nämlich die bundespolitischen und die landespolitischen Kräfte austarierte: bei der Landtagswahl stärkte er die CSU und bei der Bundestagswahl trugen auch die bayerischen Wähler zum Machtwechsel in Bonn bei und sorgten so für eine „balance of power“. Die weit-

verbreitete Vermutung, dass die Union die Bundestagswahlen 1998 verlieren würde, hatte deshalb wohl eine Stärkung der CSU bei der zwei Wochen vor der Bundestagswahl stattfindenden bayerischen Landtagswahl zur Folge.

Diesmal fand die bayerische Landtagswahl nicht in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu einer Bundestagswahl statt. Zudem tragen CDU, CSU und SPD in Berlin seit drei Jahren gemeinsam Verantwortung, so dass ein Wahlkampf gegeneinander nur begrenzt möglich war.

Zurück zur aktuellen Landtagswahl und zurück zu den Verlusten der CSU. Sie hat durch den Verlust der absoluten Mehrheit ihren speziellen Nimbus eingebüßt.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt zunächst auf, dass die CSU überall zweistellig verloren hat. Es gab zwar regionale Unterschiede, doch fallen diese relativ gering aus. So waren etwa in Oberbayern diesmal die stärksten Verluste zu verzeichnen, Mittelfranken die geringsten, und ihre besten Ergebnisse erzielte die CSU in Unterfranken und Schwaben, insgesamt fielen aber die Differenzen zwischen den Regierungsbezirken geringer aus als vor fünf Jahren.

Das Beeindruckendste am Gesamtergebnis von 2003 war ja, dass die CSU

damals in allen Regionen aber auch in allen Bevölkerungsgruppen – selbst bei Gewerkschaftsmitgliedern – nicht nur stärkste Partei war, sondern auch die absolute Mehrheit erringen konnte. Das Wahlergebnis war sozusagen Ausdruck eines alle Bevölkerungsgruppen übergreifenden Wählertums.

Diesmal gab es bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sehr wohl Differenzierungen: An den Rentnern lag es mit Sicherheit nicht, dass die CSU ihre absolute Mehrheit verlor, hier vermochte die CSU ihre Vormachtstellung noch einigermaßen zu behaupten. Vor allem bei den Berufstätigen verlor die CSU massiv, und zwar in einer großen Bandbreite vom Arbeiter bis hin zum selbständigen Unternehmer. Die jeweiligen Gruppen wanderten zwar in unterschiedliche Richtungen ab und suchten sich jeweils andere politische Alternativen, aber die Ausgangsrichtung war immer gleich: weg von der CSU. Die stärkste Absetzbewegung fand bei den Landwirten statt, hier verlor die CSU fast 40 Prozentpunkte. Darin kommt ein spezifisches Problem dieser Berufsgruppe zum Ausdruck, das deren Wahl stark beeinflusst hat: der Milchpreis. Der Milchpreis ist ja nach wie vor äußerst strittig; und die aktuellen Beschlüsse in Brüssel haben ja

nur wenig Linderung gebracht und den Zorn, der in manchen Fernsehinterviews deutlich wird, kaum gemildert. Und dieser Zorn traf die CSU, die bis dahin ja im Bund und auf europäischer Ebene als Sachwalter bäuerlicher Interessen auftrat.

Durch die starken Verluste der CSU in den berufsaktiven Jahrgängen ist die CSU da angekommen, wo die CDU schon seit Jahren ist: Sie hat nach wie vor eine satte absolute Mehrheit bei der älteren Bevölkerung ab 60; das ist sozusagen die Kernwählerschaft der CSU. Bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen hat die CSU aber massiv verloren – durchweg um die 20-Prozent-Punkte –, ihr Wähleranteil liegt bei den unter 60jährigen unter 40 Prozent. Für Bayern eine gravierende Veränderung aber mit Blick auf andere Bundesländer ist es auch ein Stück weit eine Normalisierung. Dieses altersspezifische Wahlverhalten und die dahinter liegenden gesellschaftlichen Veränderungen registrieren wir in allen Bundesländern, egal, ob in Baden-Württemberg oder in Schleswig-Holstein. Beide Volksparteien, die Union noch viel stärker als die SPD, haben ein Problem, alle Altersgruppen gleichermaßen zu binden, vor allem bei den mittleren und den jüngeren Altersgruppen fällt ihnen das immer

schwerer. Bei dem Wahlverhalten von Männern und Frauen scheint es dagegen auf den ersten Blick nur geringe Unterschiede zu geben. Wenn man dann allerdings nach Altersgruppen differenziert, dann lässt sich bei den Frauen eine sehr ausgeprägte Spreizung erkennen: Bei den älteren Frauen hat die CSU nur fünf Prozentpunkte verloren und damit deutlich weniger als in allen anderen Gruppen. Frauen über 60 bilden gleichsam den Kern der CSU-Wähler, nur hier kam sie noch an die 60 Prozent heran; dafür hat sie bei den jüngeren Frauen umso massiver verloren. Bei den 18–24jährigen etwa halbierte sich ihr Wählerinnenanteil fast auf nur mehr 33 Prozent – 2003 lag sie hier noch bei 61 Prozent.

Die CSU hat auch bei allen Konfessionsgruppen etwa gleichermaßen verloren, der Abstrom machte auch vor den Katholiken nicht Halt, wo sie traditionell sehr stark ist. Bei den katholischen Wählern verzeichnet die CSU ein Minus von 17 Prozent. In ähnlicher Größenordnung verlor sie allerdings auch bei den Konfessionslosen – allerdings ausgehend von einer viel niedrigeren Basis; hier lagen die Verluste um die 20 Prozentpunkte. Die Abwanderung erstreckte sich also über sämtliche Bevölkerungsgruppen und über sämtliche regionalen Gliederungen. Folglich kann das schlechte CSU-Wahlergebnis nicht auf irgendwelche Spezialinteressen, sondern muss auf breitere gesellschaftliche und politische Strömungen

Infratest dimap

Landtagswahl Bayern 2008											
ARD/ Infratest dimap Wahlabstufbefragung											
Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht und Veränderungen gegenüber 2003 ¹											
	CSU		SPD		GRÜNE		FW		FDP		Linke
	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%
Bayern	43,4	-17,3	18,6	-1,0	9,4	+1,7	10,2	+6,2	8,0	+5,4	4,4
18-24 J.	37	-25	17	+2	12	+2	10	+7	9	+5	4
25-34	39	-23	15	+1	12	+2	11	+7	11	+8	4
35-44	36	-20	17	-1	14	+2	13	+8	9	+6	4
45-59	37	-20	19	-1	12	+3	12	+7	8	+5	6
60+	57	-9	20	-3	4	+1	7	+4	6	+4	3
Frauen	44	-16	19	-1	11	+2	10	+6	7	+5	3
18-24 J.	33	-28	20	+4	16	+5	12	+10	8	+5	3
25-34	39	-23	17	+1	14	+4	11	+7	9	+8	3
35-44	34	-23	17	+0	17	+3	13	+9	8	+6	3
45-59	38	-19	20	-0	13	+4	12	+7	8	+6	4
60+	59	-5	21	-4	4	+0	6	+3	5	+4	2
Männer	43	-18	18	-1	8	+1	10	+6	9	+6	5
18-24 J.	40	-23	15	+1	8	-1	9	+5	9	+5	5
25-34	40	-22	14	+0	10	-0	10	+6	12	+8	5
35-44	37	-18	16	-3	11	+1	12	+7	10	+7	5
45-59	36	-21	19	-2	10	+3	13	+8	8	+5	7
60+	54	-14	20	-0	3	+1	7	+5	8	+5	5

¹ Gesamt ist immer ein dez. Prozent. Veränderungen zu 2003 in Prozentpunkten

zurückgeführt werden
Wie tiefgreifend der Wandel war, zeigt sich bei der Betrachtung einer speziellen Gruppe, bei Frauen mit Hochschulabschluss: in dieser Gruppe fiel die CSU auf die dritte Stelle zurück, noch hinter Grüne und SPD. Anhand dieser Gruppe lässt sich recht gut erkennen, woran es der CSU vor allem gemangelt hat. Sie hat auf bestimmte gesellschaftliche Veränderungen keine ausreichenden Antworten. Auch die Kompetenzverluste der CSU in punkto Familie, Arbeit und Bildung deuten darauf hin, dass die CSU auf die Lebenswirklichkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen keine zureichenden Antworten mehr parat hat. In den Politikangeboten der CSU haben manche Gruppen – und hier vor allem junge, gut ausgebildete berufstätige Frauen – offensichtlich in den letzten Jahren nicht ausreichend Berücksichtigung gefunden. Dies deckt sich auch mit einem Befund aus einem BayernTREND von Infratest dimap, wonach die Bürger der CSU mit Sicherheit kein Defizit in Sachen Tradition zuschreiben, wohl aber in Hinblick auf Modernität. Nun zum nächsten wichtigen Aspekt unserer Wahlanalyse: An wen, an welche Parteien hat denn die CSU verloren? Zwischen den Lagern haben interessanterweise kaum Verschie-

bungen stattgefunden. Die CSU hat an die SPD zwar Stimmen abgeben müssen, aber das war im wesentlichen nur ein schmales Rinnsal an ehemaligen SPD-Wählern, die 2003 aus Enttäuschung über die damalige Bundes-SPD zur CSU gewechselt waren: Ebenso gab es einen kleinen Strom an Wählern von der CSU hin zur Linkspartei. Aber im wesentlichen gab es drei dominante Abströme von der CSU.

Der eine ging in Richtung Nichtwähler, was für die CSU besonders schmerzlich ist, weil sie in der Vergangenheit aufgrund ihrer festen Verankerung in der gesamten Bevölkerung ihre Wählerschaft bislang sehr gut mobilisieren konnte. Wenn diesmal 130 000 Wähler der CSU einfach zuhause geblieben sind, dann deutet dies schon auf eine Erosion dieser engen Verankerung in der Bevölkerung hin.

Zwei Parteien profitierten von der Schwäche der CSU, eine davon war die FDP. Dieser Wechsel hat sich relativ frühzeitig abgezeichnet, denn die FDP erlebt nach ihren schwierigen Zeiten in den 80er und 90er Jahren seit einiger Zeit einen klar erkennbaren Aufschwung, bundesweit aber auch in Bayern. Der dritte große Abstrom ging an die Freien Wähler. Schon auf kommunaler Ebene sind die Freien

Wähler seit langem ein ungemein starker Wettbewerber und bereiten der CSU in den Gemeinden und kleineren Städten erhebliche Probleme. Die CSU hat also in alle möglichen Richtungen Wähler abgegeben, ohne in nennenswertem Umfang neue zu gewinnen.

letztlich doch auf der Strecke, weil die anderen geschlossen gegen die CSU-Kandidaten stimmten. Auch hier war schon erkennbar, dass sich offensichtlich langsam aber sicher eine breite Stimmung zu Lasten der CSU aufgebaut hatte.

Doch was waren die Gründe dafür?



Die Kommunalwahlen im März haben in diesem Punkt bereits einen gewissen Vorgeschmack auf die Landtagswahlen gegeben, den auch hier sah sich die CSU von allen politischen Seiten angegriffen, nach dem Motto „Alle gegen Einen“. Bei einigen Stichwahlen, bei denen die CSU-Kandidaten mit großem Vorsprung in die zweite Runde gingen, blieben sie

Vorherrschend war eine Art beschränkter Wechselstimmung. Eine deutliche Mehrheit wollte einen gebremsten Machtwechsel. Damit herrschte eine völlig andere Grundstimmung als 2003, denn damals sprachen sich sogar viele Anhänger von Oppositionsparteien für die Fortführung der CSU-Alleinregierung aus. Diesmal war es genau andersherum:

eine deutliche Mehrheit der Bürger und selbst jeder fünfte der noch verbliebenen CSU-Wähler wollte keine erneute absolute Mehrheit seiner Partei. Es herrschte der Wunsch vor, die CSU solle diesmal einen Partner an die Seite gestellt bekommen.

Die hohe Wechselbereitschaft resultierte aus einer ausgeprägten Unzufriedenheit mit der Politik der CSU. Diese Unzufriedenheit hatte offensichtlich wenig mit der Wirtschaft zu tun, denn drei Viertel der bayerischen Wählerinnen und Wähler waren mit der Wirtschaftspolitik der CSU ebenso zufrieden wie mit der Lage am Arbeitsmarkt. Auch auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit fühlen sich die Bayern sicherer als die anderen Bundesländer. Bayern hat in all diesen Bereichen die besten Wirtschaftsindikatoren: die geringste Arbeitslosigkeit, die stärkste Wirtschaftskraft, die geringste Kriminalität.

An all dem lag es also nicht, wohl aber an den Themen, bei denen sich das Modernitätsdefizit am deutlichsten erkennen lässt, also in der Familienpolitik, der Integrations- und vor allem in der Bildungspolitik. Die Bildungspolitik war sicherlich die Achillesferse der CSU, denn die unmittelbar nach der Wahl 2003 vorgenommenen Änderungen fanden nie die Akzeptanz der Bürger und sorgten

zum Teil für erheblichen Verdross bei den Betroffenen – Lehrer, Eltern wie Schüler –, wie die entsprechenden Umfragen im Rahmen des Bayern-TREND zu diesem Thema zeigten. Zwar hatte es während der Legislaturperiode im Amt des Unterrichtsministers einen Wechsel gegeben, aber für die Bürger spielte das offenbar keine große Rolle, da die Dinge sich dadurch aus Sicht von Schülern, Eltern und Lehrern offensichtlich nicht besserten.

Zum Leidwesen der CSU war bei dieser Wahl mit großem Abstand Bildung das beherrschende Thema. Erst mit weitem Abstand folgten wirtschaftliche Themen. Vor fünf Jahren hatte noch das Thema Arbeitsmarkt klar den Wahlkampf dominiert, was sich die CSU aufgrund der ihr zugeschriebenen Wirtschaftskompetenz nutzbar machen konnte. Das Thema Bildung spielte seinerzeit eine noch untergeordnete Rolle, was darauf hindeutet, dass vor allem die seit 2003 erfolgten Änderungen im Bildungsbereich zu der massiven Unzufriedenheit mit der CSU geführt haben. Dieser Agendawechsel – weg von ökonomischen Themen hin zur Bildung – betrifft allerdings nicht Bayern allein, bei allen Landtagswahlen der vergangenen Jahre war Bildung das entscheidende Thema. Die

Bürger sind offenbar zunehmend der Meinung, dass sich am Thema Bildung die Zukunft entscheidet. Die Wahlentscheidung der Bürger hängt ganz entscheidend davon ab, welcher Partei man am ehesten zutraut, die als vordringlich erachteten Probleme zu lösen. Zur Niederlage der CSU trug denn auch entscheidend bei, dass sie in vielen Bereichen Einbußen bei den Kompetenzwerten erlitten hat. Dies betrifft ausdrücklich nicht die Wirtschaftskompetenz, wo sie nach wie vor unstrittig die Nummer eins ist, weit vor allen anderen Parteien. Im Vergleich zu ihren Wettbewerbern hat die CSU allerdings zum Teil empfindliche Kompetenzverluste in den Bereichen Bildungs- und Familienpolitik zu verzeichnen. In der Familienpolitik hat die CSU sogar ihre Kompetenzführerschaft an die SPD verloren, und in der Bildungspolitik schreiben ihr auch nur noch 40 Prozent der Bürger die größte Kompetenz zu. Das erstaunt, denn Bayern lag in Deutschland in der Pisa-Studie lange Zeit klar vor allen anderen Bundesländern. Nicht zuletzt aber durch die Einführung des G 8 ist in diesem Bereich eine Stimmung gegen die CSU entstanden, die sich nicht mehr eindämmen ließ. Außerdem fällt auf, dass die CSU bei den weicheren Themen wie z. B. bei

der sozialen Gerechtigkeit ebenfalls deutlich an Vertrauen verloren hat. Und dies gilt selbst für den Bereich Steuerpolitik, der ja ein zentrales Wahlkampfthema der CSU war. Wir haben diesmal danach gefragt, wer denn am sorgsamsten mit dem Geld der Steuerzahler umgeht. Die CSU schnitt dabei zwar noch am besten ab, erzielte aber gerade einmal 24 Prozent Zustimmung. Offensichtlich trauen die Bürger derzeit keiner Partei zu, mit Steuergeldern richtig umzugehen – auch nicht der CSU, die im Wahlkampf den Bürgern „mehr Netto vom Brutto“ versprochen hatte. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise eröffnet nun den Parteien eine Riesenchance, hier gegenzuhalten und ihre Kompetenz auf diesem Gebiet wieder unter Beweis zu stellen. Die CSU ist mit ihrem Vorstoß bei der Pendlerpauschale zwar für ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem eingetreten, aber das hat sich offensichtlich überhaupt nicht ausgezahlt. Ein Grund dafür ist sicherlich darin zu sehen, dass sie sich mit dieser Forderung selbst bei ihrer Schwesterpartei, der CDU, in Berlin nicht durchsetzen konnte. Ein Grund mag auch gewesen sein, dass viele Bürger nicht von der Aufrichtigkeit der CSU in dieser Frage überzeugt waren.

Auch bei der Kompetenzzuschreibung sind im übrigen deutliche Unterschiede bei Männern und Frauen zu verzeichnen. Frauen sind in fast allen Punkten kritischer der CSU gegenüber als Männer. Dies trifft vor allem auf die Themenfelder Arbeit, Familie und Bildung zu. Beim Thema Bildung, vor allem aber bei den Themen Familie und Arbeit ist es der CSU ganz offensichtlich nicht gelungen, gerade Frauen in Großstädten ein Politikangebot zu unterbreiten, das diese Frauen dazu verleiten könnte, CSU zu wählen.

Bei einer solchen Niederlage wird meistens schon am Wahlabend selbst nach Schuldigen gesucht. So war das natürlich auch am Abend des 28. September in Bayern, aber die persönliche Schuld ist nicht so einfach zu verorten. Natürlich ist es richtig, dass die Hauptprotagonisten der CSU 2008 bei den Umfragewerten nicht mithalten konnten mit dem Ergebnis, das Stoiber 2003 – auf dem Höhepunkt seiner Macht – erreicht hatte. Natürlich war es für jeden schwer, Stoiber im Amt nachzufolgen. Er galt im Vergleich zu seinem Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, Günther Beckstein, als kompetenter in Wirtschaftsfragen, als führungsstärker und eher in der Lage, Bayerns Interessen im Bund zu vertreten. Eine

Mehrheit meinte auch er passe einfach besser zu Bayern.

Aber – und das ist ein großes Aber: Stoiber hat im Lauf der Zeit in zwei zentral wichtigen Bereichen verloren: nämlich an Bürgernähe und an Glaubwürdigkeit. Das sind zwei Aspekte, die für die Wahl gerade eines Ministerpräsidenten von erheblicher Bedeutung sind. Gerade Glaubwürdigkeit ist ein wichtiges Gut in der Politik, das man schnell verliert und nicht in zwei, drei Jahren wiedergewinnen kann. Im BayernTREND konnten wir dokumentieren, dass Stoibers politische Arbeit zwar in seiner zweiten Amtsperiode hervorragend bewertet worden war – die Bürger gaben ihm dafür die Note 2,1, die beste Note die im BayernTREND jemals vergeben wurde – aber schon 2004 waren Stoibers Werte nicht mehr so glänzend. Im Januar 2006, also kurz nach seinem Berlin-Rückzieher, verzeichneten wir einen massiven Einbruch bei seinen Sympathiewerten. Die Bayern haben nie verstanden, warum Stoiber seinerzeit nicht nach Berlin gegangen ist, und sie haben diesen Rückzieher auch nie gut geheißen. Das wirkte sich natürlich auch auf die CSU-Umfragewerte aus: Schon im Herbst 2005 fiel die CSU in der Sonntagsfrage auf einen für sie alarmierenden Wähleranteil

von 45 Prozent. Sie wurde damit für etwas abgestraft, was in erster Linie ihrem Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden galt. Danach haben sich Stoibers Umfragewerte nie mehr so richtig erholt, und entsprechend blieb die Kurve auch für die CSU relativ schwankend. Ein weiterer Einbruch erfolgte dann um die Jahreswende 06/07, als Stoiber innerparteilich immer stärker unter Druck geriet. Der danach eingeleitete Wechsel an der Parteispitze hat allerdings nicht die erhoffte größere Zustimmung bei den Wählern erbracht. Gerade die Erwartungen an den neuen Ministerpräsidenten Beckstein waren hoch, da er seit Jahren der beliebteste CSU-Politiker war. Aber zu einem richtigen Aufschwung der CSU ist es nie mehr gekommen, ja im Gegenteil: Eine ganze Weile lang stagnierten die Umfragewerte der CSU bei gut 50 Prozent, und zu Beginn des Wahljahres gingen sie kontinuierlich nach unten. Der letzte von uns gemessene Wert waren dann zehn Tage vor der Wahl 47 Prozent. Dieser Abwärtstrend hat sich dann auch in den Zahlen, die wir in der letzten Woche noch erhoben haben, fortgesetzt, so dass wir über das Wahlergebnis von schließlich 43,4 Prozent nicht mehr ganz so erstaunt waren. Diese Entwicklung zeigt. Die Verluste

der CSU beschränken sich keineswegs nur auf die letzten zwölf Monate vor der Wahl, sie sind also nicht Ergebnis des Wechsels an Partei- und Regierungsspitze. Der Verlust an Wählerzuspruch begann schon kurz nach dem Wahlerfolg von 2003, beschleunigte sich nach dem Berlin-Rückzieher 2005 und setzte sich auch nach dem radikalen personellen Wechsel fort. Die Wahlniederlage der CSU hat natürlich auch mit der schwindenden Akzeptanz ihrer Parteiführung zu tun, sie lässt sich aber nicht darauf reduzieren. Sie hat natürlich auch mit einer Politik zu tun, die nicht mehr den mehrheitlichen Zuspruch der Wähler fand. Darüber vergaßen die Wähler nicht die zurückliegenden Verdienste der CSU. Stolze 83 Prozent der Bayern sagen, es sei nicht zuletzt der CSU zu verdanken, dass Bayern in vielen Bereichen eine Spitzenposition einnehme. Die Bürger sind auch nach wie vor – allerdings nicht mehr so wie früher – davon überzeugt, dass die CSU die Partei ist, die am meisten von Wirtschaft versteht. Aber 80 Prozent beklagten auch, dass die CSU nicht mehr solche Führungspersönlichkeiten wie früher habe. Drei Viertel der Befragten monierten auch, dass die CSU in Berlin nicht mehr so viel zu sagen habe. Aber gerade das war doch die Besonder-

heit der CSU, dass sie als starke Landespartei immer auch unmittelbar in der Bundespolitik eingebunden war und dort ein gewichtiges Wörtchen mitredete. Ein gravierendes Problem ist auch, dass die CSU nach mehrheitlicher Überzeugung nicht mehr so nah an den Menschen sei, deren Probleme nicht mehr mitbekomme. In diese Lücke stießen, dieses Defizit füllten insbesondere die Freien Wähler.

Wesentlich für den Wahlausgang waren aber auch der CSU zugeschriebene politische Fehlentscheidungen, die zum Teil noch aus der Ära Stoiber stammen – die als überstürzt und zu wenig durchdacht angesehene Einführung von G8, die bisweilen als zu radikal bewertete Sparpolitik –, die sich aber in der kurzen Ära Beckstein fortsetzten: die Verluste der Bayerischen Landesbank, das Hin und Her beim Transrapid oder das ob seiner Radikalität überraschende Nichtraucherschutzgesetz – wobei letzteres sehr unterschiedlich bewertet wurde. Es gab also eine ganze Anhäufung problematischer Entscheidungen in einer relativ kurzen Zeit, was ganz offensichtlich den Abwärtstrend der CSU beschleunigt hat.

Kommen wir zu den Verlusten der SPD, die zwar deutlich geringer ausfielen, dafür aber umso mehr über-

raschten. Normalerweise war es in der Geschichte der Bundesrepublik in der Regel so gewesen, dass Verluste der einen Volkspartei der anderen zugute kommen. Doch dies hat diesmal nicht mehr funktioniert. Schon 2003 hat die SPD ja massiv Wähler verloren, vor allem an das Nichtwählerlager, aber auch an die CSU. Von Letzteren sind 2008 immerhin 80.000 wieder zurückgewandert, aber es ist der SPD nicht gelungen, die große Zahl enttäuscht weggebliebener Wähler von 2003 wieder zurückzuziehen. Also auch bei der SPD lässt die Bindekraft nach, was ein Problem ist, das sich nicht von heute auf morgen wird beheben lassen und im Übrigen ein bundesweites Phänomen ist, mit dem die SPD zu kämpfen hat. Die beiden großen Volksparteien sehen sich aber auch einem verschärften Parteienwettbewerb ausgesetzt. Es macht einen gewaltigen Unterschied aus, ob ich mit zwei anderen Parteien konkurriere, wie dies noch in den 70er Jahren der Fall war, oder mit drei, vier oder – wie jetzt in Bayern – mit sechs Parteien, die sich zumindest Chancen ausrechnen können, ins Parlament zu kommen. Und die SPD hatte es diesmal nicht nur mit der CSU, den Grünen und der FDP zu tun, sondern auch mit der Linken und mit den Freien

Wählern, die nicht nur der CSU Wähler abspenstig machten. Gerade auf dem flachen Land hat die SPD auch Stimmen an die Freien Wähler verloren.

Lag es auch bei der SPD am Kandidaten? Franz Maget hatte noch im Dezember 2007, auch in den eigenen Reihen, unter erheblichen Akzeptanzproblemen gelitten. Bei der Frage, wen man als Ministerpräsidenten präferieren würde, lag Maget bei der Gesamtbevölkerung 20 Punkte hinter dem Amtsinhaber, was aber ein deutlich geringerer Rückstand war als 2003 gegenüber Stoiber. Es ist Maget aber gelungen, zumindest von den eigenen Anhängern als möglicher Ministerpräsident, zumindest als ernst zu nehmende Alternative zu Beckstein anerkannt zu werden. Je deutlicher sich aber der mögliche Verlust der absoluten CSU-Mehrheit abzeichnete, desto drängender stellte sich natürlich die Frage: „Was dann, wer soll statt der CSU in Bayern regieren?“ Die bayerische SPD hat hier mit der Vierer-Koalition eine bis dato völlig neue Alternative ins Spiel gebracht. Und da sich die Machtfrage nun drängender stellte als früher, wägten die Wähler genauer ab. Und bei dieser Abwägung fiel ins Gewicht, dass die Bürger in Sachen Wirtschaftskompetenz eine riesige Diskre-

panz zwischen CSU und SPD sahen. Nicht einmal die eigenen Anhänger glaubten hier an ihre Partei: 55 Prozent der SPD-Anhänger waren der Meinung, dass die CSU die größere Wirtschaftskompetenz habe als die bayerische SPD. Auch in den Bereichen Finanzen und innere Sicherheit vertrauten nur Minderheiten der SPD. Zu dem Umstand, dass eine große Mehrheit der SPD in zentralen Bereichen keine Problemlösungskompetenz zutraute, kam noch hinzu, dass die SPD letztlich keine ernsthafte Machtalternative zu bieten hatte. Nur 24 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass eine Vierer-Koalition gut für Bayern wäre. Die Attraktivität einer solchen Regierung reichte also kaum über die eigenen Reihen hinaus: außer den SPD-Anhängern fand diese Koalition nur in den Reihen der GRÜNEN mehrheitliche Zustimmung. Bei den Freien Wählern fiel die Zustimmung schon schwächer aus, und von den Anhängern der FDP wurde dies ebenso deutlich abgelehnt wie von der FDP selbst.

Auch wussten viele Wählerinnen und Wähler bei der SPD nicht, in welche Richtung sie sich bewegen würde, was vor allem mit der Bundespolitik zu tun hatte. Kurz vor der Landtagswahl gab es zudem einen Wechsel an der Spitze der Bundes-SPD. Dabei war

nicht die Bekanntgabe des neuen Kanzlerkandidaten das Problem – dies hätte sogar eher Klarheit bringen können –, aber der völlig überraschende und alles andere als harmonische Wechsel an der Parteispitze dürfte zu zusätzlicher Verwirrung beigetragen haben. Gerade Parteivorsitzende sind wichtig als Identifikationsfiguren für die Ziele, für die eine Partei steht. Die zahlreichen Wechsel an der Spitze der SPD in den letzten Jahren dürften zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit und Erkennbarkeit beigetragen haben.

Bleibt zu klären, warum die drei kleinen Parteien – Freie Wähler, Grüne und FDP – so stark geworden sind.

Was für ein Wählerauftrag verbindet sich mit der Wahl dieser kleinen Parteien? Zunächst ist festzuhalten, dass alle drei Parteien ihr weitaus bestes Ergebnis in Bayern erzielt haben. Das gilt für die GRÜNEN, die als einzige schon in der vergangenen Legislaturperiode im Landtag waren; das gilt für die FDP, die jahrelang nicht mehr im Landtag vertreten war; und das gilt natürlich vor allem für die Freien Wähler, die noch nie im Landtag waren und die nun gleich mit einem Sprung auf 10,2 Prozent zur drittstärksten Partei avancierten.

Beginnen wir mit den Grünen. Sie profitieren nach wie vor insbesondere

von ihrer nicht einmal von den Anhängern der anderen Parteien bestrittenen Umweltkompetenz. Und auch in Hinblick auf die künftige Ausrichtung der Energiepolitik in Bayern vertrauten viele eher den Grünen als den anderen Parteien. Die eigenen Anhänger betonten zudem noch die Kompetenz der GRÜNEN in der Familienpolitik, der Bildungspolitik und bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit. In anderen Politikfeldern wird dagegen den Grünen wenig zugetraut. Dies gilt auch und vor allem für den Bereich Wirtschaft. In diesem Bereich ergänzen und verstärken sich gewissermaßen die Defizite von SPD und Grünen.

Die den Grünen zugeschriebenen Kompetenzfelder machen sie vor allem besonders für Wählerinnen attraktiv. Sie finden nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland deutlich mehr Zuspruch bei weiblichen Wählern als bei männlichen. Auch sind die Grünen nach wie vor in den Städten deutlich stärker als auf dem flachen Land. Die Hoffnung, mit Sepp Daxenberger stärker im ländlichen Raum zu punkten, erfüllte sich nicht wie vielleicht erwartet, da hier die Freien Wähler auch die Wahlchancen der Grünen schmälerten. Und die GRÜNEN sind vor allem die Partei der Höhergebildeten, hier erzie-

len sie die bei weitem höchsten Anteilswerte. Bei den höhergebildeten Frauen sind sie zusammen mit der SPD sogar stärkste Partei. Höhergebildete Frauen sind also nach wie vor die Kernwählerschaft der GRÜNEN. Aber es ist den GRÜNEN nur in Maßen gelungen, ins bürgerliche Lager einzubrechen und Wähler für sich zu gewinnen. Nicht zuletzt deswegen haben SPD und Grüne in der Summe kaum an Wählerzuspruch zulegen können.

Die FDP vermochte ihren Wähleranteil gegenüber 2003 zu verdoppeln und erstmals seit vielen Jahren wieder in den bayerischen Landtag einzuziehen. Dies verdankt sie weniger ihrem politischen Personal, das den Wählern – mit Ausnahme der in Bayern allerdings nicht allzu populären Parteivorsitzenden – weitgehend unbekannt war. Entscheidend für ihren Erfolg dürfte wie bei den Grünen das ihr zugeschriebene politische Profil gewesen sein. Sie gilt vor allem in der Finanz- und Steuerpolitik als kompetent, was in erster Linie eine von der Bundes-FDP geliehene Kompetenz sein dürfte. Und die Bundes-FDP hat ja in der Tat immer sehr klar und sehr deutlich auf Steuerpolitik gesetzt. Deshalb war die FDP auch in Bayern vor allem attraktiv für bestimmte, meist großstädtische

Bevölkerungsgruppen. Bei den Selbstständigen war sie mit über 20 Prozent klar die zweitstärkste Kraft. Die FDP vermochte aber auch in der Bildungspolitik und in Sachen Bürgerrechte punkten, wo die CSU erkennbare Schwächen aufwies. Genutzt hat der FDP auch, dass ihr – im Gegensatz zu den anderen Oppositionsparteien – eine hohe Wirtschaftskompetenz zugebilligt wird. Insgesamt fungierte die FDP in Bayern für viele Wähler als ideale Ergänzungspartei: man wollte, dass sie in den Landtag kommt, und man wollte auch, dass sie Regierungsverantwortung übernimmt – am liebsten in einer Koalition mit der CSU.

Kommen wir zu den Freien Wählern, die nicht nur kräftig an Wählerstimmen zulegen konnten, sondern auch überraschend drittstärkste Kraft wurden. Diesen Erfolg verdanken sie – anders als FDP und Grüne – keiner der Partei zugewiesenen besonderen Sachkompetenz. Das Führungspersonal auf Landesebene konnte zwar partiell Aufmerksamkeit generieren, aber sachpolitisch ebenfalls nicht brillieren. Der Erfolg der Freien Wähler verdankt sich vor allem den wahrgenommenen Defiziten der CSU. Während die Bürgernähe der CSU nach ihrer über 40 Jahre währenden Alleinregierung offenbar gelitten

hatte, konnten die Freien Wähler Dank der Wahlerfolge in zahlreichen Kommunen, von der dort bewiesenen Bürgernähe nun auch auf Landesebene profitieren. Die CSU hatte ja immer für sich beansprucht, eine Partei für das ganze Volk, also auch und vor allem für die kleinen Leute zu sein. Vor allem in den kleinen Gemeinden, auf dem flachen Land hat man ihr das nicht mehr geglaubt, und gerade hier gab es einen deutlichen Trend hin zu den Freien Wählern. Mit den Freien Wählern verbindet sich insbesondere die Hoffnung auf bürgernahe Politik und darauf, mehr frischen Wind in den Landtag zu bringen. Das deutet auf einen – zwar noch etwas diffusen – Veränderungswillen in der Bevölkerung hin, der aber in einer Hinsicht ein deutliches Signal setzte: Die absolute Mehrheit der CSU war nicht mehr gewünscht, weil die Partei den Eindruck vermittelte, sie wisse nicht mehr, was die Bürger bewegt. Dagegen profitierten die Freien Wähler von ihrer starken personellen Verankerung im kommunalen Bereich. Die dortig bewiesene Kompetenz haben die Wähler einfach auf die Landespolitik übertragen. Es bleibt abzuwarten, ob diese ländliche-bürgerliche Protestbewegung ihren Platz im Landesparlament dauerhaft sichern kann.

Wenden wir uns nun einem weiteren Verlierer dieser Wahl zu, den Linken. Dass sie anders als in den vorangegangenen Landtagswahlen den Einzug ins Parlament verpasst haben, lag zum einen daran, dass es in Bayern offensichtlich keinen Bedarf für eine Partei gibt, die das Thema der sozialen Gerechtigkeit so in den Vordergrund stellt, wie die Linke dies tut. Denn nur um die fünf Prozent waren der Ansicht, die Linke würde sich stärker als andere um die kleinen Leute oder um die soziale Gerechtigkeit kümmern. Zwar würde die Linke die Dinge beim Namen nennen, aber Problemlösungskompetenz wird ihr nicht zugetraut. Als Zeichen des Protestes gegen die „etablierten“ Parteien die Linke in den Landtags zu wählen, war in Bayern nicht nötig, dafür standen aus Sicht der Wähler überzeugendere Alternativen zur Verfügung.

Ein Klischee sei abschließend noch aus der Welt geschafft bevor es sich bildet: Bayern erlebte in den letzten Jahren einen sehr starken Zuzug, weil es der Wirtschaft in Bayern besser geht als anderswo, insbesondere im Osten unserer Republik. Deshalb kommen aus den neuen Bundesländern zahlreiche Bürger nach Bayern. Dies veranlasste manchen zu der Vermutung, die Linkspartei könne gerade

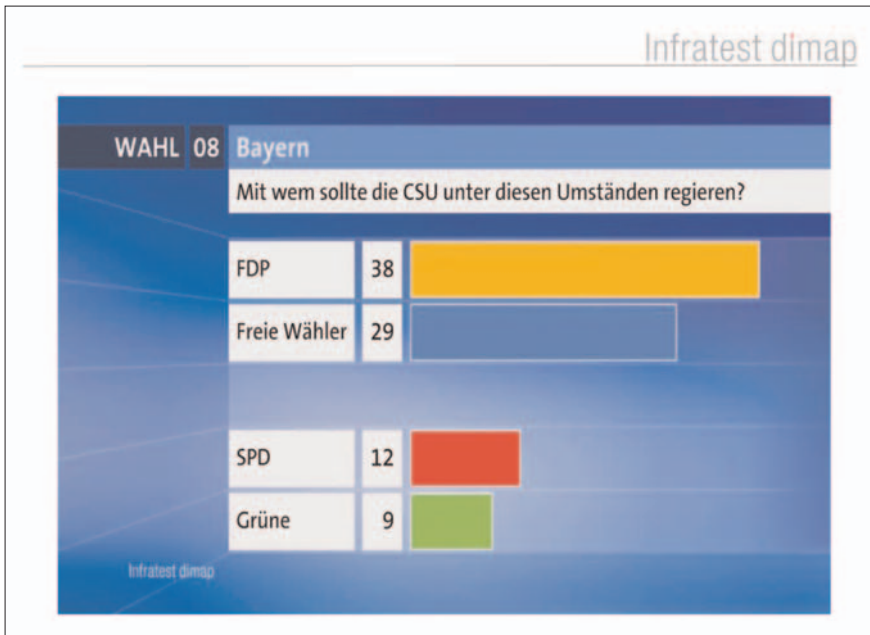
deswegen den Sprung ins Parlament schaffen, weil die Zuwanderer aus Ostdeutschland die zur Linkspartei umgewandelte alte Ostpartei PDS zahlreich ihre Stimme geben würden. Dieses Vorurteil kann mit Zahlen endgültig aus der Welt geschafft werden. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die „Zuagroasten“ aus dem Osten haben sogar verhindert, dass die Linkspartei in den Landtag kam. Hätte nur die in Bayern geborene und aufgewachsene Bevölkerung die Wahl bestritten, wäre die Linkspartei mit fünf Prozent in den Landtag gekommen. Bei den Zugewanderten blieb sie dagegen deutlich unter der 5 % Marke. Übrigens haben auch die vor 1990 Zugezogenen die CSU deutlich stärker gewählt als die Einheimischen. Die nach 1990 Zugezogenen dagegen waren gegenüber CSU und Linken gleichermaßen reserviert und bevorzugten andere Parteien.

Nach so einem Ergebnis, das eine Zäsur für die Politik in Bayern darstellt, stellt sich die Frage. Wenn die Mehrheit der bayerischen Wähler die seit Jahrzehnten allein regierende CSU abstrafen wollte, was wollte sie dann an deren Stelle setzen?

Zunächst hat die bayerische Bevölkerung das überraschend deutliche Ergebnis, das sie herbeigeführt hat, keineswegs erschreckt, die große

Mehrheit war sogar ausgesprochen zufrieden damit. Dies belegen die Ergebnisse einer Umfrage unmittelbar nach der Wahl. Demnach hielten es drei Viertel der Befragten für gut, dass die CSU die absolute Mehrheit der CSU verloren hatte. Aber was wollten sie stattdessen? Auch da gibt es ein sehr eindeutiges Ergebnis: wieder die CSU – nur eben nicht mehr als Alleinregierung sondern in einer Koalition mit einer anderen Partei. Die Präferenzen fielen bei der Gesamtbevölkerung mit 38 Prozent relativ knapp, unter den CSU-Anhängern dagegen recht eindeutig (59 Prozent) zu Gunsten der FDP aus. Für ein Zusammengehen von CSU und Freien Wählern sprachen sich immerhin noch 29 Prozent aller Befragten, aber nur jeder Vierte CSU-Wähler aus. Nur im ländlichen Raum gab es erkennbare Präferenzen für diese Konstellation.

Und ebenfalls unmittelbar nach der Wahl haben wir die bayerischen Bürger nach eventuellen personellen Konsequenzen für die deftige Niederlage der CSU gefragt. Die Antworten darauf fielen ambivalent aus und lassen ein unterschiedliches Maß an „Schuldzuschreibung“ erkennen. Denn offensichtlich stieß der damalige CSU-Vorsitzende auf weit weniger Sympathie als der Ministerpräsident.



Denn für Horst Seehofer als neuen Parteivorsitzenden sprach sich eine Mehrheit von 54 % aus, wogegen bei Günther Beckstein immerhin 57 Prozent der Meinung waren, er solle im Amt bleiben. Was mögliche Nachfolger anbetraf, fielen die Präferenzen eindeutig aus: eine Mehrheit sprach sich für Horst Seehofer als CSU-Vorsitzenden aus. Und wer auch für einen Rücktritt Becksteins votierte, benannte ebenfalls zumeist Seehofer als Favoriten.

Insgesamt betrachtet bekamen die Bayern ihre Wunschregierung: eine Koalition aus CSU und FDP mit Horst Seehofer an der Spitze. Wie sich diese neue Regierungskonstellation mittel- und langfristig auf die Parteilandschaft in Bayern auswirken wird,

werden die Europawahlen im Juni und die Bundestagswahl im September kommenden Jahres zeigen.

Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl 2008 bestätigt jedenfalls einen Trend, den wir seit einigen Jahren beobachten: CDU, SPD und jetzt auch die CSU verlieren auf allen Wahlebenen an Wählerzuspruch. Im Bund liegen CDU/CSU derzeit gerade noch so bei gut 35 Prozent, die SPD sogar nur bei rund 25 Prozent. In Bayern kamen CSU und SPD 2003 noch auf über 80 Prozent, jetzt nur noch auf etwas über 60 Prozent. Gewinner dieser Entwicklung sind in Bayern und anderswo die kleineren Parteien, wobei im Bund die Freie Wählerschaft keine Rolle spielt, dafür aber die Linke eine umso größere.

Deutschland hat sich politisch von einem Dreiparteiensystem über ein Vier- hin zu einem Fünfparteiensystem entwickelt. Für Bayern ist ein fünf Parteien umfassendes Parlament ein Novum, für andere Bundesländer längst schon Normalität. Damit wird es schwieriger in der Politik, stabile Mehrheiten zu finden. Das gilt nicht nur in dem jeweiligen Bundesland, das gilt zunehmend auch für das Zusammenspiel von Bundestag und Bundesrat. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der CSU in Bayern und der CDU in Hessen verfügt nicht einmal mehr die Große Koalition über eine Mehrheit im Bundesrat.

Das Jahr 2009 verspricht auf jeden Fall ein in jeder Hinsicht spannendes Wahljahr 2009 zu werden. Vielen Dank.

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter: Herr Hilmer, vielen Dank. Das Auditorium hat Ihnen zu Recht ausreichend groß und aufmunternd Beifall gespendet. Sie haben an die Handlungsmöglichkeiten der Politik erinnert, wobei sich diese Handlungsmöglichkeiten natürlich auch an große Herausforderungen binden. Die Frage, die ich mir oft stelle ist, ob es diese Handlungsmöglichkeiten nicht auch in der Vergangenheit schon gegeben hat, während man immer meint, gegen die Globalisierung und gegen die Finanzströme, die um die Welt sausen, könne man eigentlich nichts machen. Jetzt ist der Notstand ausgebrochen und schon wird gehandelt. Wenn ich an die bayerische Szene denke, finde ich es nicht gerade sehr appetitlich, dass man die Verantwortung für den Notstand an die Politik abgibt, während die Experten dazu nicht bereit sind, sie zu übernehmen.

Herr Hilmer hat uns alles aufgezeigt, was wichtig ist. Er hat auch auf die Defizite der Modernisierung innerhalb der großen, früher allein regierenden Partei hingewiesen. Dabei sind diese Defizite nicht primär im Bereich von Industrie und Globalisierung auszumachen – denn da ist wohl eher zuviel passiert, so dass die Nähe zum Menschen unterminiert und zerstört

worden ist –, sondern auf dem Gebiet gesellschaftspolitischer Modernisierungsdefizite, die bei anderen Parteien, wie z.B. den Grünen, nicht vorliegen. Er hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Freien Wähler von dem Verlust der Nähe zum Menschen profitiert haben und die FDP von der Unzufriedenheit des Mittelstandes und der Selbständigen. Er hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass das Erlebnis eines Partners in der Politik genauso wie im menschlichen Leben ein interessantes sein kann. Nun darf ich vorschlagen, mit der Diskussion zu beginnen. Sie haben die Chance, Herrn Hilmer jetzt kostenlos und direkt zu befragen – sonst müssen Sie fernsehen oder hohe Gebühren zahlen, um seine Services zu abonnieren.

Frage (Prof. Dr. Peter Claus Hartmann): Sie haben festgestellt, dass gerade bei den Katholiken der Einbruch mit Verlusten von 17 % sehr stark war. Sie haben zugleich betont, dass es ein Defizit an Modernität gegeben habe. Trifft das auch für die Katholiken zu, die diesmal nicht CSU gewählt haben? Denn wenn ich an Bischof Mixa und andere denke, so ist doch festzustellen, dass auch konservative katholische Kreise z. B. darüber unzufrieden waren, dass man zu

wenig auf die Hausfrauen achtet und zu sehr auf die Linie von Frau von der Leyen eingeschwenkt ist. Was ist Ihrer Ansicht nach der Hauptgrund dafür, dass 17 % Katholiken weniger CSU gewählt haben?

Richard Hilmer: Bei dieser Landtagswahl hat es offensichtlich eine Umgewichtung gegeben: Religion spielt im Alltag vieler Menschen eine erhebliche Rolle, bei dieser Wahl aber offensichtlich nicht. Denn die CSU hat bei Katholiken, Protestanten und auch bei Leuten, die gar keiner Glaubensgemeinschaft angehören, gleichermaßen verloren. Das heißt, dass auch der katholische Glaube die Wegbewegung von der CSU nicht mehr verhindert hat. Es wäre sicherlich spannend zu wissen, ob es sich dabei um aktive Christen gehandelt hat oder eher um solche, die höchstens einmal an Weihnachten in die Kirche gehen. Da gibt es innerhalb der katholischen Kirche eine erhebliche Differenzierung.

Die Frage der Familienpolitik ist sicherlich eine der schwierigsten Fragen, weil hier Entwürfe gegeneinander stehen, die schwer zu verbinden sind. Da muss ich mich entscheiden für den einen oder anderen Entwurf. Kompromisse sind hier schwierig, wie ja selbst die Diskussionen innerhalb

der Unionsparteien zeigen. Aber diese Kompromisse sind notwendig, wenn man bestimmte Bevölkerungsgruppen, die ja eher zu- als abnehmen, gewinnen will. Wir haben gesehen, dass Gott sei Dank die Bildung in Bayern immer noch ganz hervorragend ist. Viele, darunter gerade auch viele Frauen, genießen eine höhere Bildung und sie wollen diese Bildung natürlich auch in den Beruf einbringen. Dieser Beruf sollte wiederum in Einklang gebracht werden können mit familiären Wünschen. All dies zu verbinden ist weder für die Familien noch für die Politik einfach. Und ganz offensichtlich waren die Verluste für die CSU dort am deutlichsten, wo diese beiden Entwürfe sich ziemlich konträr entgegenstanden. Es ist deshalb typisch, dass es insbesondere die Frauen in den Städten waren, die der CSU den Rücken gekehrt haben, weil sie bei ihrer Wahlentscheidung stärker als noch bei der Wahl vor fünf Jahren an ihr eigenes Leben, an ihre Erwartungen an den Arbeitsplatz und an die Unterstützung für Familien gedacht haben. 2003 standen ganz offensichtlich andere Motive im Vordergrund. Seinerzeit war die wirtschaftliche Situation mit Sicherheit – und gerade für Frauen – nicht einfacher als heute. Offensichtlich ist in Zeiten, in denen es einem etwas bes-

ser geht, die Frage der gerechten Verteilung von Chancen auch für dieses Bevölkerungssegment wichtiger geworden, und diese Frage wurde von vielen zur wesentlichen Orientierung ihrer politischen Entscheidung gemacht.

Die Rolle der Kirche ist dabei nicht ganz einfach: Denn gerade die Kirche steht ganz vorne, wenn es darum geht, das Auseinanderklaffen der Gesellschaft zu kritisieren und die Parteien aufzufordern, mehr Gemeinsamkeit in der Gesellschaft zu stiften. Es ist sicherlich eine der interessantesten Fragen, inwieweit es der Politik gelingt, diesen Eindruck zu verhindern. Unseren Umfragen zufolge haben die Bürger schon lange den Eindruck gehabt, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet. Für unsere Gesellschaft und unsere soziale Marktwirtschaft ist es aber eine ganz wesentliche Frage, wie stark die Spannungen sein dürfen, die unsere Gesellschaft noch ertragen kann – offensichtlich ziemlich stark. Es gibt aber auch Tendenzen, die insbesondere die beiden Volksparteien ziemlich unter Druck setzen und von denen dann die anderen Parteien profitieren. Für die Linkspartei, die in anderen Bundesländern noch davon profitiert hat, gilt das hier in Bayern noch am wenigsten. Offensichtlich

gab es da ausreichend andere Alternativen. Die Frage nach den sozialen Spannungen war in Bayern möglicherweise nicht so entscheidend wie in anderen Bundesländern, weil hier die Dinge vielleicht noch etwas harmonischer ablaufen. Allerdings lassen sich die Städte heutzutage durchaus vergleichen, auch wenn München eine der bestsituierten Städte ist. Und ich weiß, wovon ich rede, weil ich ja aus München stamme und durch meine berufliche Tätigkeit in Berlin beide Städte gut vergleichen kann – da sind schon Welten dazwischen. Wie man wählt, ist immer auch eine Frage nach den eigenen Lebensentwürfen, und diese eigenen Erwartungen an die Parteien standen diesmal besonders stark im Vordergrund. Das gilt besonders für die Familienpolitik. Wir haben das auch im Frühjahr bei der Wahl in Hessen gesehen. Da war es noch viel komplizierter, weil die hessische CDU eine ganz andere Linie verfolgte, die bei der katholischen Bevölkerung nur wenig Freude erzeugt hat. Entsprechend sind die Katholiken dann auch in höherem Maße zuhause geblieben. Diese Frage wird sicherlich gerade die Unionsparteien noch eine ganze Weile beschäftigen. Ich denke, dass der Streit, der darüber innerhalb der Union stattfindet, recht produktiv und eine ganz

gute Grundlage ist, um diese Auseinandersetzung auch gesellschaftspolitisch zu führen.

Frage (Staatsminister a. D. Erwin Huber): Die Zahlen und die Erklärungen, die Herr Hilmer vorgelegt hat, sind sehr bedenkenswert. Ich will zur letzten Frage nur einen Erklärungshinweis geben.

Möglicherweise haben wir hier ein Problem, das allen Statistikern bekannt ist: nämlich das Problem der Korrelation und der Kausalität. Dass 17 % weniger Katholiken CSU gewählt haben, bewegt sich im allgemeinen Schnitt. Aber die CSU hat im stark katholisch geprägten Oberbayern ein Minus von 20 % zu verzeichnen. Der Rückgang erklärt sich aus meiner Sicht also eher regional denn konfessionell. Vielleicht denken Sie mal darüber nach.

Richard Hilmer: Es stellt sich natürlich die Frage, warum in Oberbayern die CSU-Verluste stärker ausgefallen sind als in den anderen Bezirken. Vielleicht liegt es daran, dass Oberbayern – München spielt dabei natürlich eine wichtige Rolle – städtischer geprägt ist und die gesellschaftlichen Spannungen deshalb dort stärker sind als anderswo.

Fragesteller: Wie stark waren die CSU-Verluste bei den Landwirten?

Richard Hilmer: Bayern ist zwar noch ein sehr agrarisch geprägtes Land, aber der Anteil der Landwirte an der Gesamtbevölkerung ist mittlerweile sehr klein und liegt wohl bei ca. 3 %. Bei dieser Bevölkerungsgruppe ist die CSU von rund 90 % auf gerade mal noch über 50 % gesunken. Auf die Gesamtbevölkerung macht das schnell mal einen Prozentpunkt aus, aber es erklärt natürlich nur einen kleineren Teil der Verluste. Aber immerhin war der Unmut bei den Landwirten offensichtlich am größten, denn bei keiner Bevölkerungsgruppe war früher die Zustimmung zur CSU stärker ausgeprägt als bei den Landwirten. Aber es ist natürlich ein bekanntes Phänomen, dass man da besonders stark abstürzen kann, wo man vorher besonders hoch gestiegen ist.

Fragesteller: Warum hat die SPD von den Verlusten der Union nicht profitieren können?

Richard Hilmer: Bei den SPD-Anhängern sitzt manches noch tief, was auf die zweite Periode der Regierung Schröder zurückgeht. Parteipolitische Bindungen nehmen zwar ins-

gesamt ab, aber die SPD hat 2003 einen größeren Einbruch erlebt. Damals war die SPD die führende Kraft in der Bundesregierung, und wer regiert, hat mehr Verantwortung und kann natürlich auch mehr falsch machen als andere – zumindest nimmt der Bürger das so wahr. Normalerweise erfolgt in solchen Situationen der demokratische Wechsel. Schwierig wird es dann, wenn dieses Spiel der beiden großen Parteien nicht mehr in der herkömmlichen Form funktioniert und wenn die anderen Konstellationen sich als zu schwierig erweisen. Deshalb werden in Zukunft von allen Parteien mehr Beweglichkeit und mehr Kooperationsbereitschaft gefordert sein. Die hessische Situation hat gezeigt, dass ein Land recht schnell unregierbar werden kann, wenn die Parteien überhaupt nicht mehr miteinander reden. Insofern kann man nur hoffen, dass Gräben zugeschüttet werden und dass Parteien auch einmal lagerübergreifend für Koalitionen zur Verfügung stehen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Lassen Sie mich zum Abschied vielleicht noch sagen, dass ich dankbar bin, dass heute niemand die Frage aufgeworfen hat, ob solche

Wahlergebnisse nicht nach einem Mehrheitswahlrecht schreien würden. Meine Damen und Herren, dieses Argument, das immer wieder kommt, empfehle ich ad acta zu legen, weil keine Koalition es positiv aufnehmen wird. Außerdem muss ich nach den drei ersten Sitzungen des Bayerischen Landtages, die ich ein bisschen kommentieren durfte, sagen, dass ihm die Neuansiedlung von ein paar zusätzlichen politischen Kräften gar nicht so schlecht zu Gesicht steht.

Es sind nicht alle ihre Argumente erleuchtet, aber das waren auch die von den alten Parteien nicht immer, und manches kommt zusätzlich aufs parlamentarische Tapet, was früher nur in der Öffentlichkeit und in den Zeitungen beredet worden ist. Wenn man an die repräsentative Funktion eines Parlamentes denkt, dann muss man eine größere Meinungsvielfalt eigentlich mit einem gewissen Vergnügen aushalten.

So, meine Damen und Herren, wir leben in ernsten Zeiten, aber ich würde vielleicht am Ende doch den Ernst noch etwas reduzieren. Ich empfehle bei einem Blick auf dieses Wahlergebnis und seine Interpretation auch eine nüchterne Einbeziehung des eigentlichen Ausgangspunktes, und der eigentliche Ausgangspunkt sind nicht die 60 % von

2003, sondern der eigentliche Ausgangspunkt sind die 52, 53 oder 54 %, die normalerweise ein Franz-Josef Strauß und noch etwas weniger ein Edmund Stoiber in Bayern zu erreichen in der Lage gewesen sind. Das mag jetzt die Schmerzen der CSU lindern, mag die Hoffnungen der anderen nähren, aber es geht im Wettbewerb eigentlich mehr um diese Marge, und 10 % Verlust sind für die betreffende Partei schon schlimm genug. Aber der Ausgangspunkt für die Zukunft ist eigentlich die berühmte 50 %-Grenze, wobei ich der CSU nur empfehlen kann, nicht wie das Kaninchen auf die Schlange darauf zu starren. Ob die früheren Zustände wiederherstellbar sind, das wird sich nicht bei der Europawahl, nicht bei der Bundestagswahl, das wird sich erst bei der Landtagswahl in fünf Jahren erweisen. Ich persönlich glaube nicht daran. Ich glaube aufgrund der Modernisierungsentwicklungen, die wir heute besprochen haben, eher an 45 % + X als optimale Entwicklung für die CSU. Andere Parteien im Landtag sehen zu Recht optimale Entwicklungen für sich anders.

Der letzte Punkt: Wir leben ja in einer Zeit, in der nun wirklich ernsthafte Probleme wie die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise oder die Klimakata-

strophe auf der Tagesordnung stehen. Wenn ich dann sehe, dass drei Viertel der Wähler ohne nähere Beschäftigung mit Inhalten sagen, mehr frischer Wind sei eine Motivation für die Wahlentscheidung, dann frage ich mich doch manchmal, ob man eine Demokratie auf die Rationalität solcher Äußerungen gründen kann, die sich durch Finanz- und Wirtschaftskrisen und Klimakatastrophe herausgefordert fühlt. Ich würde die Wähler dringend bitten, ihre Entscheidungen rational anhand von Inhalten zu treffen, denn das brauchen wir in Gegenwart und Zukunft noch mehr als nötig.

Meine Damen und Herren, in Geschäftsführung mit Auftrag bedanke ich mich jetzt noch einmal bei Herrn Hilmer, ich bedanke mich bei der Frau Präsidentin, bei den Mitarbeitern dieses Hauses, speziell auch beim Landtagsdirektor für die wie immer wunderbare Kooperation.

